



REGERINGSKANSLIET

Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

DARF NICHT VOR DIENSTAG,

DEM 1. OKTOBER 2002, 14.00 UHR,
VERÖFFENTLICHT WERDEN.

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung, abgegeben vom schwedischen
Ministerpräsidenten Göran Persson am 1. Oktober 2002 vor dem
schwedischen Reichstag

Eure Majestäten,
Eure Königlichen Hoheiten,
Herr Präsident,
Mitglieder des schwedischen Reichstags!

Der Auftrag der schwedischen Wähler an uns Abgeordnete ist eindeutig:

Schweden soll seine Entwicklung als Wohlfahrtsnation fortsetzen.

Deshalb müssen die Bedingungen der Kinder, die Krankenpflege und die
Altenfürsorge den Vorrang vor großen Steuersenkungen einnehmen.

Deshalb muss jede Reform finanziert und die Politik von Ordnung und Verantwortung geprägt sein.

Deshalb muss die Politik in Zusammenarbeit und Koordinierung gestaltet werden – sowohl im Reichstag als auch außerhalb desselben. Nur so kann das Ziel erreicht werden:

Schweden soll das Land der vielen Möglichkeiten sein – nicht die Gesellschaft der großen Gegensätze.

Die Erfolge der letzten Jahre – eine starke Wirtschaft, hohes Wachstum und niedrige Arbeitslosigkeit – bilden eine gute Basis für eine offensive Politik.

Die Ziele für die Wirtschaftspolitik liegen fest. Die öffentlichen Finanzen sollen einen Überschuss zeigen und die Inflation soll zurückgehalten werden. Die Ausgabenlimits liegen fest und müssen eingehalten werden.

Unser Ziel ist, dass 80 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren im Jahre 2004 eine Beschäftigung haben. Der Bedarf an Sozialbeihilfe soll zwischen 1999 und 2004 auf die Hälfte absinken.

Eine weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung fordert eine breite Akzeptanz in Bezug auf zwei große Aufgaben – beide entscheidend für die Zukunft unseres Landes:

Erstens müssen wir die Arbeitswelt menschlicher machen und die Abwesenheit wegen Krankheit verringern.

Das Ziel der Regierung ist, bis zum Jahr 2008 die Anzahl Krankheitstage auf die Hälfte zu reduzieren. Parallel sollen die Anzahl Frührentner jedes Jahr geringer werden. Die im Herbst 2001 eingeleitete langfristige Arbeit wird

fortgesetzt. Dreiparteiengespräche werden nunmehr zwischen der Regierung und den Tarifpartnern geführt.

Das Recht des Kranken zu Rehabilitation und die Möglichkeit zur Arbeit zurückzukehren werden verbessert. Mehr Ärzte sollen langfristige Krankheitsbescheinigungen beurteilen. Mittel werden zurückgestellt für bessere Koordinierung von Krankenpflege, Sozialdienstleistungen, Arbeitsmarkt und Krankenkasse. Die vorbeugende Arbeit der drei Parteien wird verstärkt, ebenso wie die Arbeit für Volksgesundheit und die Betriebsgesundheitspflege. Gesundheit und Arbeitsbedingungen von Frauen werden besonders beachtet.

Die Arbeitgeber müssen bei langfristiger Krankheit eine größere Verantwortung übernehmen. Eine schlechte Arbeitsumwelt soll kosten – eine gute prämiert werden. Die Arbeitnehmer müssen mehr Einfluss auf Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit erhalten. Vollzeitbeschäftigung soll ein Recht sein, Teilzeit eine Möglichkeit. Junge Menschen dürfen nicht in unsicheren Anstellungen festsitzen. Die Anzahl zeitlich begrenzter Anstellungsformen soll zurückgehen und die Möglichkeit zu unbefristeter Anstellung soll zunehmen. Die Anstellungssicherheit für Personen im Elternurlaub soll gestärkt werden.

Ältere Menschen, Frührentner und Funktionsbehinderte stellen Ressourcen dar die besser ausgenutzt werden müssen. Wenn mehr Menschen arbeiten vergrößert sich die Möglichkeit die Arbeitswelt besser für alle zu gestalten. Der öffentliche Sektor soll vorangehen und ein Musterarbeitsplatz sein.

Die zweite große Aufgabe ist, den Zugang zum Arbeitsmarkt für die zugewanderten Schweden zu verbessern.

Der Wille der Menschen zu arbeiten ist der größte Reichtum der Nation. Dieser Wille muss bei allen ausgenutzt werden wenn es uns gelingen soll, Schweden zusammenzuhalten.

Die Arbeitsmarktpolitik wird verstärkt. Mittel werden zur Verfügung gestellt um Arbeitsvermittlung und Beratung besser den Voraussetzungen jedes Einzelnen anzupassen. Eine neue Beihilfe wird eingeführt für diejenigen, die trotz langer Zeit in der Aktivitätsgarantie dennoch auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können. Der Unterricht in der schwedischen Sprache wird verbessert. Formen und Methoden für die Bewertung ausländischer Berufsqualifikation werden ausgearbeitet. Der Schutz gegen Diskriminierung wird verstärkt und die Großstadtpolitik weiterentwickelt.

Sämtliche Behörden, alle Kommunen und Provinziallandtage sollen Ziele aufstellen und Handlungspläne ausarbeiten, um die Vielfalt zu erhöhen und Diskriminierung bei Anstellung entgegenzuwirken. Wir wollen dass private Arbeitgeber das Gleiche tun.

Diese beiden Gesellschaftsprobleme – die hohen Krankheitszahlen und die Ausgrenzung der vielen Zuwanderer – sind die alles überschattenden Aufgaben dieser Legislaturperiode. Die Verantwortung ist gemeinsam. Die Mitwirkung aller Akteure wird notwendig sein.

Die Regierung wird zu zwei Symposien einladen. Wir beabsichtigen die Vertreter der Parteien des Reichstags, die Tarifpartner, Organisationen, sowie nationale und internationale Experten, sowohl Theoretiker als auch Praktiker, zu sammeln. Neue Ideen, Fakten und Erfahrungen müssen den Grund für gemeinsames Handeln bilden.

Der Geist gegenseitigen Respekts, der sich während der letzten Jahre zwischen Vertretern der Wirtschaft und den Gewerkschaften entwickelt hat, ist ermutigend. Nur durch mehr Einvernehmen können der Staat, die

Wirtschaft und die Arbeitnehmerorganisationen die Gesamtverantwortung tragen, die Wohlstand und Wohlfahrt fordern.

Schwedische Gesetze und Regeln sollen Unternehmertum begünstigen. Die sog. 3:12-Regeln werden geändert. Mehr Unternehmen sollen bei Generationsübergang wohlwollend behandelt werden. Die Finanzierungsmöglichkeiten für neue und wachsende Unternehmen werden verbessert. Wettbewerb und Export werden gefördert, Kartelle werden bekämpft. Eine neue Innovationsstrategie wird ausgearbeitet.

Schweden ist ein kleines Land und abhängig von der übrigen Welt. Es hat eine Offenheit und eine Neugierde geschaffen auf das was anders und neu ist, die ein Erfolgsfaktor sind. Die Kombination von traditionellem Gewerbe und neuen kreativen Branchen wie IT, Biotechnik und Erlebnisindustrie geben gute Wachstumsmöglichkeiten.

Ein nationales Zentrum für Umwelttechnikexport wird eingerichtet. Schwedische Erfolge im Designbereich führen zu Wettbewerbsvorteilen. Dem industriellen Design wird mehr Aufmerksamkeit zugewandt. Ein schwedisches Designjahr 2005 wird vorbereitet. Die Invest in Sweden Agency soll mehr Mittel erhalten um ausländische Investitionen in Schweden anzulocken.

Die Bedingungen der Basisindustrie, sowie auch der Forstindustrie, werden behauptet. Die arealen Industriezweige sind wichtig für eine entwickelte Kreislaufgesellschaft.

Soll das großflächige Schweden zusammengehalten werden und die sozialen und regionalen Kluften sich verringern, bedarf es einer gut ausgebauten Infrastruktur. Deshalb werden in den kommenden Jahren Investitionen im mehrfachen Milliardenbereich getätigt. Der Unterhalt von Straßen wird verbessert und das Eisenbahnnetz ausgebaut. Der Ausschuss Stockholms-

beredningen wird Unterstützung erhalten um die Verkehrssituation im Stockholmer Raum zu lösen.

Herr Präsident!

Sichere Menschen trauen sich. Erst in der Sicherheit wird die wirkliche Freiheit geboren.

Wenn die Politik Geborgenheit für alle *und* Wachstum unterstützt ist die Entwicklung am stärksten. So wollen wir die Politik auch während der kommenden Jahre gestalten.

• **Der Grund zu Geborgenheit wird früh gelegt. Kinder sollen an erster Stelle stehen.**

Die finanzielle Lage von Kinderfamilien ist während der letzten Jahre durch eine Reihe von Einsätzen verbessert worden. Während dieser Legislaturperiode wollen wir das Kindergeld weiter erhöhen und eine Mehrkinderzulage bereits ab dem zweiten Kind einführen. Die Möglichkeiten, die Bedingungen für Alleinerziehende und studierende Eltern zu verbessern, werden geprüft. Die Elternversicherung wird verbessert.

Die Kinderkonvention soll befolgt werden. Eine neue Strategie soll vorgelegt werden um die Konvention auch auf lokaler Ebene besser durchzusetzen. Die Unterstützung für exponierte Kinder wird verstärkt. Die Aufnahme von Kindern die um Asyl ersuchen wird verbessert.

Während dieser Legislaturperiode soll der Sportbewegung eine Milliarde Kronen zugeleitet werden – unter der Voraussetzung dass die Sportbewegung ihre Türen für mehr Menschen öffnet, die Beiträge

zurückhält, den Mädchensport besser fördert, am Kampf gegen Drogen teilnimmt und die Zusammenarbeit mit den Schulen erweitert.

- **Alle haben das Recht auf ein sicheres Alter.**

Eine sichere Altenfürsorge benötigt mehr Mitarbeiter. Arbeitsbedingungen und Ausbildungsmöglichkeiten des Personals sollen verbessert werden. Missstände dürfen niemals akzeptiert werden. Die Beaufsichtigung soll verschärft werden und 100 neue Altenschutzbeauftragte werden angestellt.

Der Beitragshöchstsatz in der Altenfürsorge und der Hochkostenschutz bei der Zahnpflege hat die finanzielle Lage vieler älterer Menschen verbessert. Zum Jahreswechsel werden die Renten für die meisten Rentner mit niedriger Rente um 300-600 Kronen pro Monat erhöht. Ab 2003 wird eine Altenversorgungsunterstützung eingeführt, die allen in Schweden wohnenden Menschen über 65 Jahre ein angemessenes Lebensniveau garantieren soll.

Die Leistungen für Überlebende werden verbessert. Die Einkommensprüfung der Witwenrenten wird am 1. Januar 2003 abgeschafft. Die Umstellungsrente wird wohlwollender gestaltet.

- **Bessere Krankenpflege, mehr Beschäftigte und kürzere Warteschlangen.**

So könnte man die Zielvorgaben für die Krankenpflegepolitik während der kommenden Jahre zusammenfassen. Die Krankenpflege soll alle umfassen, gemeinsam bezahlt und nach Bedarf verteilt werden. Die gesamte öffentliche Krankenpflege soll denselben Regeln folgen. Privatversicherte sollen keinen Vorrang erhalten zu der Pflege die gemeinsam finanziert wird.

Während der kommenden vier Jahre werden der Krankenpflege weitere 20 Milliarden Kronen zugeführt. Mehr Personen können angestellt werden und die Qualität wird angehoben. Eine nationale Pflegegarantie wird eingeführt. Der Dialog zwischen Alternativmedizin und Schulmedizin wird erweitert.

Wenn es der Staatshaushalt zulässt, wird während der Legislaturperiode ein erster Schritt zu einem Hochkostenschutz in der Zahnpflege für alle unternommen. Die Hindernisse für die Teilnahme von Funktionsbehinderten am Gesellschaftsleben müssen beseitigt werden.

Eine solidarische Angleichung zwischen Kommunen und Provinziallandtagen soll sicherstellen, dass die Qualität der Wohlfahrt im ganzen Land hoch und gleich ist. Kommunen und Provinziallandtage mit negativer Bevölkerungsentwicklung erhalten weiterhin Unterstützung. Die Regierung wird insbesondere die Entwicklung im Landtag der Provinz Stockholm im Auge behalten im Hinblick auf den Unwillen der vorigen Mehrheit, die vom Reichstag gefassten Beschlüsse zu befolgen.

Ein parlamentarischer Ermittlungsausschuss wird eingerichtet um die Verteilung von Aufgaben und Verantwortung zwischen den verschiedenen Ebenen der Gesellschaftsorganisation zu überprüfen.

- **Eine gute Wohnung zu angemessenem Preis ist ein soziales Recht.** Mindestens 120 000 neue Wohnungen müssen während der Legislaturperiode gebaut werden.

Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Baukosten für Altenwohnungen, Studentenwohnungen und kleinere Mietwohnungen senken. Die Mieten in neu produzierten Wohnungen sollen zurückgehalten werden. Der Wettbewerb im Wohnungsbaubereich soll gestärkt werden. Der Ausbau von Hochschulplätzen ist gekoppelt mit den Forderungen an die Kommunen, Wohnungen für Studenten zur Verfügung zu stellen. Kommunen die Mietwohnungen bauen werden prämiert.

- **Drogen müssen bekämpft werden.**

Diese Verantwortung müssen wir alle teilen. Mitten unter uns ernten die Drogen ihre Opfer. Oft sind es junge Menschen, die im Missbrauch

festsetzen. Unsere Ambition ist eindeutig: Diejenigen die mit dem Missbrauch anfangen müssen weniger werden und diejenigen die aufhören müssen mehr werden.

Mehr drogenfreie Treffpunkte und starke Netzwerke für Jugendliche müssen geschaffen werden. Die Betreuung von Süchtigen muss verstärkt werden. Der nationale Drogenkoordinator soll mehr Mittel erhalten. Besondere Anstrengungen in Bezug auf Pflege und Behandlung sollen in den Großstädten getätigt werden, wo die meisten jungen Drogensüchtigen und die großen Gruppen von Obdachlosen sich befinden. Die Anzahl Plätze in den speziellen Jugendheimen soll erhöht werden.

- **Wo es Drogen gibt gedeiht oft die Kriminalität.**

Während der Legislaturperiode werden 4 000 neue Polizisten ausgebildet. Die Grenzkontrolle wird verschärft. Die Einsätze gegen die internationale organisierte Kriminalität werden weiterentwickelt.

Das Rechtswesen soll modernisiert und die Zeit zwischen Straftat und Rechtsverfolgung verkürzt werden. Die Einsätze für einen drogenfreien Justizvollzug werden erhöht. Der Schutz für exponierte Frauen und Kinder wird verbessert.

Junge Mädchen, die unter Drohungen oder Zwang leben, sollen besseren Schutz erhalten. Verschärfte Gesetzgebung in Bezug auf Besuchsverbot und Sexualdelikte wird im Laufe des kommenden Jahres vorgelegt.

Die Wissensgesellschaft der Zukunft erhält ihren Grund in der heutigen Vorschule.

Die sog. Maxtaxa, der Beitragshöchstsatz, ist eingeführt. Am 1. Januar 2003 wird die allgemeine Vorschule für alle Kinder ab 4 Jahre eingeführt. Weitere 6 000 Vorschullehrerinnen und Vorschullehrer und Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger sollen angestellt werden, so dass die Kindergruppen kleiner werden und die Qualität steigt.

Alle Schulen sollen gute Schulen sein. Die Schuleinsätze der Regierung sollen 15 000 neue Lehrerinnen und Lehrer sowie andere Spezialisten in den Grundschulen des Landes ergeben. Die Qualitätsprüfung wird verbessert. Die Ausbildung von Schülern in segregierten Gebieten wird verstärkt. Das Schulgesetz wird reformiert und das Recht des Schülers erweitert. Wir werden auf dem Gesetzweg Diskriminierung und sexuelle Belästigungen in der Schule verbieten. Die Gesetzgebung in Bezug auf Arbeitsumwelt wird überprüft, ausgehend von einer Schülerperspektive.

Das Lesen wird vorrangig behandelt. Die Schulbibliotheken erhalten mehr Mittel für Buchanschaffungen. Die Anzahl Schulbibliothekare und Lesepädagogen soll erhöht werden. Sport und physische Aktivität für alle Kinder sollen ein natürlicher Teil des Schulalltags werden. Mathematik soll auf allen Ebenen gestärkt werden – von der Vorschule bis zur Hochschule.

Während der Legislaturperiode soll die Gymnasialschule reformiert werden. Mehr Schüler sollen die Wissensziele erreichen und ihre Bildung zu Ende führen. Die Erwachsenenbildung wird zugänglicher und flexibler gestaltet. Die Netzuniversität öffnet Möglichkeiten für mehr Personen, an der Hochschule zu studieren.

Die internationale Konkurrenzkraft der höheren Bildung wird verstärkt. Die Freiheit der Forschung wird garantiert und die Grundlagenforschung wird unterstützt. Mehr Studenten sollen zur Forscherausbildung fortsetzen. Spitzenausbildungen werden im Bereich industrielles Design geschaffen. Die Einsätze in den Bereichen Biowissenschaft und Biotechnik werden fortgesetzt. Weitere Hochschulen sollen im Hinblick auf hoch gestellte

Anforderungen geprüft werden um zu einer Universität weiterentwickelt zu werden.

Wissen ist Macht, dies ist eine allgemein anerkannte These.
Doch auch Kultur ist Macht.

Wir alle brauchen Zugang zu Ausdrucksmitteln – eine reiche Sprache, um den eigenen Gefühlen und Eindrücken Ausdruck zu verleihen, vielleicht auch die Fähigkeit zu Singen, Spielen, Malen und Tanzen.

Doch wir brauchen auch jemanden, der zuhört. Wir brauchen einander, um die Eindrücke miteinander zu teilen und zu diskutieren. So helfen wir einander auch zu tieferer Einsicht.

Ich möchte es mit Leo Tolstoi ausdrücken:

"Bei sich selbst ein Gefühl zu wecken, das man einmal erfahren hat, und dann mit Hilfe von Bewegung, Linien, Farben, Tönen oder Wortschöpfungen bewusst dieses Gefühl wiederzugeben, so dass auch andere es in gleicher Weise erleben – das ist die Form von menschlicher Aktivität, die wir Kunst nennen."

Es gibt sicherlich tausend Weisen, dies zu beschreiben.

Es gibt aber eine Art und Weise, die Gesellschaft zu bereichern – die Kultur zu fördern.

Die Kultur wird in dieser Legislaturperiode einen wichtigen Reformbereich ausmachen.

Wir wollen weiterhin schwedische Filmkunst, Tanz und Musik fördern. Wir wollen Architektur, Formgebung und Design als etwas hervorheben, das alle

in gleicher Weise angeht. Der internationale Kulturaustausch wird breiter gefasst. Die Kultur unserer ausländischen Mitbürger wird stärker in den Vordergrund gehoben. Schwedens zahlreiche Museen zur Arbeitswelt erhalten einen Zuschuss zur Erhaltung des industriellen Erbes.

Die Kinderkultur erfährt zunehmende Förderung. Ein internationaler Kinderbuchpreis zum Gedenken an Astrid Lindgren wird eingerichtet. Der freie Eintritt für staatliche Museen wird eingeführt.

* * *

Ich spreche zu Ihnen als dem Parlament, das den höchsten Frauenanteil in der Welt aufweist.

Darauf sollten wir stolz sein, doch nicht zufrieden. Schweden ist nach wie vor weit davon entfernt, ein Land der völligen Chancengleichheit zu sein.

Die Regierung wird in dieser Legislaturperiode die Integration der Gleichstellungsperspektive in allen politischen Bereichen verstärken. Ein nationales Aktionsprogramm für mehr Chancengleichheit wird im Laufe des Jahres vorgelegt werden.

Das neue Gleichstellungsgesetz verlangt auch eine Offenlegung ungerechtfertigter Lohn- und Gehaltsunterschiede und der diesbezüglich innerhalb der nächsten drei Jahre zu ergreifenden Maßnahmen. Das Ergebnis dieser strengeren Gesetzesauslegung wird gründlich analysiert werden. Bei Bedarf sind wir bereit, das Gesetz noch stringenter abzufassen.

* * *

Herr Präsident!

Mein Wunsch ist es, gemeinsam den grünen Wohlfahrtsstaat zu bauen.

Die Umweltpolitik geht den Fragen der Verantwortung und Moral auf den Grund.

Es handelt sich um die Zukunft, um unsere Kinder und um die Lebensgrundlage neuer Generationen.

Schweden wird weiterhin ein Vorreiter sein bei der Umstellung in eine nachhaltige Entwicklung. Das übergreifende umweltpolitische Ziel der Regierung ist die Übergabe eines Landes in dem die großen Umweltprobleme gelöst sind an die nächste Generation.

Die auf dem Gipfel von Johannesburg gefassten Beschlüsse stellen große Anforderungen. Der Klimapolitik wird auf nationaler und internationaler Ebene höchste Priorität eingeräumt. Die Emissionen von Treibhausgasen in Schweden sollen bis zum Jahr 2010 um mindestens vier Prozent reduziert werden. Die grün geprägte Umschichtung der Steuern wird fortgesetzt. Zur Entwicklung alternativer Treibstoffe werden geänderte Steuerregelungen eingeführt. Für das Jahr 2003 werden wettbewerbsfähige Bedingungen für Biotreibstoffe geschaffen.

Eine Übereinkunft mit der Industrie über eine langfristige Strategie zur weiteren Umstellung des Energiesystems ist in Vorbereitung. Die Bedingungen für die Stilllegung des zweiten Reaktors von Barsebäck werden einer Überprüfung unterzogen.

Emissionen von Giftstoffen und Ölen, Überdüngung und Raubfischen bedrohen das Ökosystem der Weltmeere. In der Umweltpolitik wird den Meeresumweltfragen eine zentrale Rolle eingeräumt. Die Gemeinsame Fischerei- und Agrarpolitik der EU muss reformiert werden.

Die schwedische Landwirtschaft ist wettbewerbsfähig und ist für den potentiellen Nachfrageanstieg nach ökologischen Lebensmitteln gut gerüstet. Die neue Tierschutzbehörde erhält erweiterte Befugnisse. Der Kampf gegen chemische Schadstoffe wird fortgesetzt. Mehr schützenswerte Wälder werden durch staatliche Waldaufkäufe erhalten. Ein besonderer Einsatz gilt der kommunalen Naturpflege.

Die Weltmärkte für Umwelttechnik wachsen rasch an. Die Gewinnmöglichkeiten sind vielfältig. Verstärkte Einsätze in den Bereichen technische Entwicklung und Technologietransfer können zu einer Lösung der globalen Umweltprobleme beitragen und dabei gleichzeitig die schwedische Industrie fördern und das Wachstum zu Gunsten der Wohlfahrt und der Gerechtigkeit vorantreiben.

Nach wie vor ist die Entwicklung nicht nachhaltig genug. Dies kann geändert werden. Der Aufbau eines grünen Wohlfahrtsstaates, der als Vorbild dienen kann, ist möglich. Doch alle müssen am gleichen Strang ziehen und die Verantwortung teilen.

* * *

Herr Präsident!

Die Stimme Schwedens ist stark und in der ganzen Welt geachtet. Wir sind aktiv in der UNO, der EU und anderen internationalen Gremien. Abrüstung, Konfliktverhütung und Menschenrechte, Völkerrecht und nachhaltige Entwicklung, ein freier und gerechter Handel – das sind und bleiben die Grundpfeiler der schwedischen Außenpolitik.

Vor gut einem Jahr am 11. September waren die USA Ziel von Terroranschlägen. Eine neuartige Bedrohung wurde zur Gewissheit. Eine globale Einsicht nahm Gestalt an: Alle demokratischen Kräfte müssen zur

Wahrung einer offenen Gesellschaft zusammenwirken. Der internationale Kampf gegen den Terrorismus soll unter völliger Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Rechtssicherheit geführt werden. Die Ausfuhrkontrolle wird zur Vorbeugung von Terroranschlägen gestärkt.

Schweden ist militärisch bündnisfrei. Die zur sicherheitspolitischen Haltung Schwedens getroffene Übereinkunft bleibt bestehen. Die Reformierung der Gesamtverteidigung wird fortgesetzt.

Schweden wird sich dafür stark machen, dass die EU die volle Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernimmt. Die Globalisierung muss mehr Menschen zu Gute kommen, dem deutlichen Wohlstandsgefälle muss entgegengewirkt werden. Der Einsatz für globale Gerechtigkeit ist die Verantwortung von uns allen gemeinsam. Das Ziel der UN, die Armut auf der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren, muss erreicht werden.

In dieser Legislaturperiode wird die Erweiterung der EU zur Wirklichkeit. Schweden setzt sich dafür ein, dass noch vor Jahresende ein Beschluss über diejenigen Staaten gefasst wird, die für einen Beitritt zur EU bereit sind. Damit wird der historische Schritt zur Einigung Europas vollzogen.

Der Binnenmarkt wird dann aus über 450 Millionen Verbrauchern bestehen. Das Potenzial des Ostseeraums als der Region Europas mit dem schnellsten Wachstum soll ausgeschöpft werden. Zur Stärkung der Position der schwedischen Wirtschaft in dieser Region werden gesondert Mittel veranschlagt. Die 300-Jahr-Feier zur Gründung von Sankt Petersburg wird gewürdigt. Russland erhält für seinen Beitritt zur WTO Unterstützung. Ein Entwurf über den freien Zugang der neuen EU-Mitbürger zu unserem Arbeitsmarkt zum Zeitpunkt des Beitritts wird vorgelegt. Die

Integrationsfragen werden im Mittelpunkt stehen, wenn Schweden im Jahr 2003 die nordische Regierungszusammenarbeit leitet.

In dieser Legislaturperiode wird ein Beschluss zur Erreichung des Ziels der Entwicklungshilfe von einem Prozent gefasst. Ein weiterer Schuldenerlass wird vorrangig behandelt, ebenso die Bekämpfung von HIV/AIDS. Eine neue Entwicklungspolitik wird im nächsten Frühjahr vorgestellt. Eine von der gesamten EU getragene solidarische Flüchtlingspolitik auf der Grundlage des Asylrechts und der Humanität wird geformt. Das Asylrecht für Schutzbedürftige in Schweden wird kraftvoll verteidigt.

Die Beratungen im Konvent über die Zukunft der EU werden während der Legislaturperiode in einer Regierungskonferenz über den neuen Vertrag münden. Schweden nimmt aktiv an den Diskussionen zur zukünftigen Gestaltung der EU teil. Während die Stellung der Kommission und das gemeinsame Beschlussverfahren in den Bereichen Umwelt und Asyl/Migration einer Stärkung bedürfen, sollte die Stellung des Rates in der europäischen Zusammenarbeit stark bleiben. Die Rolle der nationalen Parlamente sollte weiterentwickelt und gestärkt werden.

Die Beratungen mit den einzelnen, im Reichstag vertretenen Parteien über das Datum eines Referendums über die volle Beteiligung Schwedens an der WWU werden mit dem Ziel geführt, eine breitestmögliche Einigung zu erzielen.

* * *

Die Demokratie sind ausschließlich wir selbst. Der Tag, an dem die Menschen der Demokratie den Rücken kehren, ist der Beginn des Verfalls der offenen humanistischen Gesellschaft. Die Stärke der Demokratie ist abhängig von der Bereitschaft vieler, auf ihr Leben und ihre Bedingungen Einfluss nehmen zu wollen.

Erneut können wir einen Rückgang in der Wahlbeteiligung feststellen. Dies ist ein Warnsignal, das äußerst ernst genommen werden muss. Das gleiche gilt für die Erfolge von Parteien mit undemokratischen Wertegrundlagen.

Gleichzeitig zeigen vorläufige Analysen, dass der Trend in denjenigen Wahlkreisen gebrochen werden konnte, in denen man besondere Anstrengungen zur Anhebung der Wahlbeteiligung unternommen hatte. Ebenso ist eine wachsende Unterstützung für die von der Bevölkerung gewählten Institutionen zu erkennen. Das sind positive Signale. Keine Verantwortung ist für die Mitglieder des Reichstags vorrangiger als die Wahrung der Demokratie.

Im vergangenen Frühjahr beschloss der Reichstag ein langfristiges Aktionsprogramm zur Stärkung der Demokratie. Diese Arbeit muss intensiviert werden.

Der Einsatz für die Demokratie und die Würde des Menschen und der Kampf gegen Rassismus und andere intolerante Haltungen müssen ständig geführt werden – im Alltag, in der Diskussion und in der Reflektion. Im nächsten Jahr wird die neue Behörde "Forum für lebendige Geschichte" eingeweiht, die diese Arbeit ausgehend vom Holocaust vorantreiben soll.

Die Einrichtung eines unabhängigen Zentrums gegen Rassismus und andere Formen der Intoleranz erhält Unterstützung. Der Einfluss der nationalen Minderheiten soll größer werden. Ein Rat für Fragen der Roma und Sinti wird eingerichtet. Im Frühjahr wird zum vierten Mal in Folge eine Regierungskonferenz im Rahmen des Stockholmer Internationalen Forums stattfinden.

* * *

Und nun zum Schluss.

Vier Jahre harter Arbeit liegen vor uns.

In diesem Haus werden die beiden Seiten der Demokratie manifestiert.

Zum einen der Meinungs-austausch: Das Gegenüberstellen von Ideen und Werten.

Zum anderen der Beschluss: Kompromisse und Überlegungen.

So ist es und so soll es in einer lebendigen Demokratie sein.

Große Herausforderungen liegen vor uns, doch auch große Möglichkeiten.

Unsere Aufgabe ist eine Politik für Wohlfahrt und Beschäftigung, getragen von technischer Entwicklung, Modernisierung, Beteiligung und Abbau von Gegensätzen.

Unsere Verantwortung gilt Schweden, doch auch der uns umgebenden Welt, von der wir so abhängig sind.

Lassen Sie uns die Arbeit aufnehmen in einem neuen Geist des Konsens, der die Grenzen und Hindernisse beseitigt, um gemeinsam ein von Geborgenheit und Stärke geprägtes Schweden zu bauen.